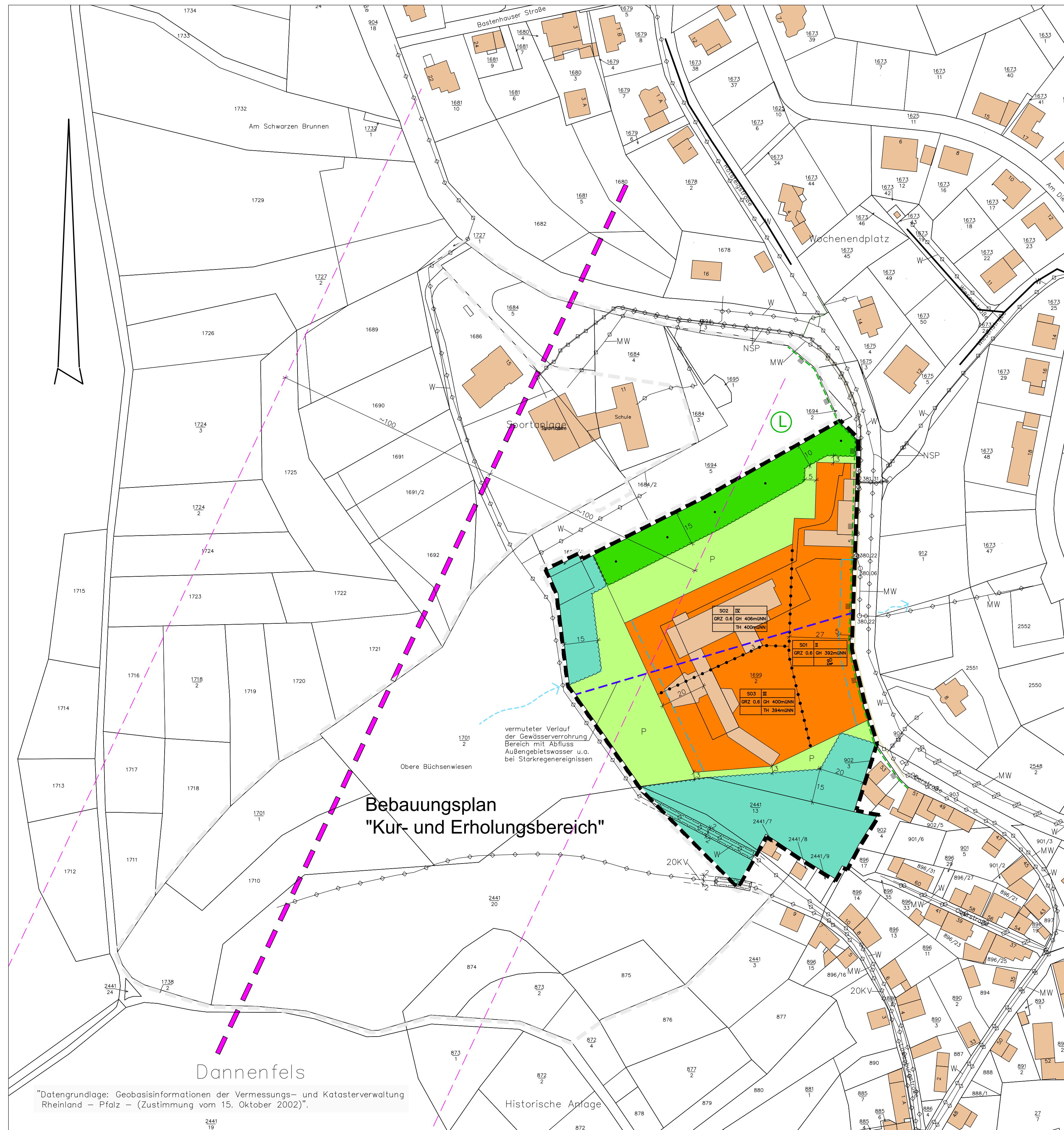


ORTSGEMEINDE DANNENFELS

BEBAUUNGSPLAN "KUR- UND ERHOLUNGSBEREICH-ERWEITERUNG 1"



Legende Planzeichen (Maßangaben sind nur beispielhaft!)	Flächen für Landwirtschaft und Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB)	Nachrichtliche Übernahme (§ 9 Abs. 6 BauGB)
Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB sowie §§ 1 – 11 BauNVO)	Wald	Grenze Landschaftsschutzgebiet "Donnersberg"
Sondergebiet (§ 10 BauNVO) Zweckbestimmung Kur- und Erholungsbereich	Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 23 BauGB)	Rechtsgrundlagen
Maß der baulichen Nutzung (§ 16 BauNVO)	Erhaltung von Sträuchern	BauGB Baugesetzbuch zuletzt geändert BGBl. I S. 3634 03.11.17 BGBl. I S. 2939 16.07.21
GRZ 0,6 Grundflächenzahl als Höchstmaß	Sonstige Planzeichen	BauNVO Baunutzungsverordnung zuletzt geändert BGBl. I S. 3786 21.11.17 BGBl. I S. 1802 14.06.21
II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung/ des Maßes der Nutzung	PlanzV 90 Planzeichenvordnung 1990 zuletzt geändert BGBl. I S. 58 18.12.90 BGBl. I S. 1577 04.05.17
GH 406m Höhe baulicher Anlagen, maximale Gebäudehöhe über NN	Bemessung (Angaben in Meter)	GemO Gemeindeordnung zuletzt geändert GVBl. S. 153 31.01.94 GVBl. S. 297 26.06.20
TH 400m Höhe baulicher Anlagen, maximale Traufhöhe über NN	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)	LBauO Landesbaudrnhung Rheinland-Pfalz zuletzt geändert GVBl. S. 365 24.11.98 GVBl. S. 112 18.06.19
Bauweise und Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)	Böschung	BNatSchG Bundesnaturschutzgesetz zuletzt geändert BGBl. I S. 2542 29.07.09 BGBl. I S. 1328 04.03.20
Baugrenze	Höhenlinie	LNatSchG Landesnaturschutzgesetz Rheinland-Pfalz zuletzt geändert BGBl. I S. 283 06.10.15 GVBl. S. 287 26.06.20
geneigtes Dach mit zulässiger Dachneigung	Flurstücksnummer	DSchG Denkmalschutzgesetz Rheinland-Pfalz zuletzt geändert BGBl. I S. 159 23.03.78 GVBl. S. 245 03.12.14
Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)	vorhandene Gebäude	LNRG Landesnachbarrechtsgesetz Rheinland-Pfalz zuletzt geändert BGBl. I S. 198 15.06.70 GVBl. S. 209 21.07.03
SW Schmutzwasserkanal	vorhandene Grundstücksgrenze	LSrG Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz zuletzt geändert BGBl. I S. 273 01.08.77 GVBl. S. 21 02.03.17
W Wasserleitung	Richtfunkverbindung mit Schutzzone	FSrG Bundesfernstraßengesetz zuletzt geändert BGBl. I S. 1206 28.06.07 BGBl. I S. 433 03.03.20
20KV 20 KV Leitung	Mit Geh-, Fahr- und Leistungsrechten zu belastende Fläche	
Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)	private Grünfläche	
private Grünfläche		

Textliche Festsetzungen:

– Stand 08–2021 –

A–1 Bauplanungsrechtliche Festsetzungen (§ 2 Abs. 5 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 BauGB)

1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB sowie § 11 BauNVO)

1.1.1 Sonstiges Sondergebiet (SO)

Das Sonstige Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO (SO 1, SO 2 und SO 3) wird mit der Zweckbestimmung „Kur- und Erholungsbereich“ festgesetzt.

Zulässig sind:

- Hotels und Pensionen
- Ferienwohnungen
- Gastronomie auch mit Außenbewirtschaftung
- Ambulante Kliniken und Einrichtungen zur Rehabilitation
- Sanatorien- und Altenhilfeeinrichtungen
- Medizinische Massagepraxen, gewerbliche Saunen und Solarien
- Zahnarzt- und Arztpraxen
- Apotheken
- Krankengymnastikpraxen
- Fußwege, Plätze und Bewegungsflächen
- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, dem Sonstigen Sondergebiet zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind.

1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB sowie §§ 16 und 18 BauNVO)

1.2.1 Die in der Planzeichnung festgesetzten Werte für die Grundflächenzahl sind Höchstwerte und dürfen nicht überschritten werden.

1.2.2 Innerhalb des Sonstigen Sondergebiets SO 1 wird die zulässige Höhe baulicher Anlagen, bezogen auf NN, mit max. 392,00 m festgesetzt.

1.2.3 Innerhalb des Sonstigen Sondergebiets SO 2 wird die zulässige Höhe baulicher Anlagen, bezogen auf NN, mit max. 406,00 m festgesetzt.

1.2.4 Innerhalb des Sonstigen Sondergebiets SO 3 wird die zulässige Höhe baulicher Anlagen, bezogen auf NN, mit max. 400,00 m festgesetzt.

1.2.5 Innerhalb des Sonstigen Sondergebiets SO 2 wird die zulässige Traufhöhe bezogen auf NN, mit max. 400,00 m festgesetzt. Bezugspunkt ist die Schnittlinie zwischen aufgehendem Mauerwerk und Oberkante Dachhaut.

1.2.6 Innerhalb des Sonstigen Sondergebiets SO 3 wird die zulässige Traufhöhe bezogen auf NN, mit max. 394,00 m festgesetzt. Bezugspunkt ist die Schnittlinie zwischen aufgehendem Mauerwerk und Oberkante Dachhaut.

1.3 Bauweise und Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

Die im Plan festgesetzten Baugrenzen dürfen nicht überschritten werden. Ein Vortreten von untergeordneten Gebäudeteilen gemäß § 8 Abs. 5 LBauO bis zu 1,5 m ist ausnahmsweise zulässig.

1.4 Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, §§ 12 und 14 BauNVO)

1.4.1 Garagen und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und § 8 LBauO sowie Carports sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Stellplätze bleiben davon unberührt.

1.4.2 Die der Versorgung des Gebietes mit Elektrizität, Fernmeldetechnik, Gas, Wärme und Wasser sowie zur Entorgung von Abwasser dienenden Nebenanlagen sind innerhalb des Geltungsbereiches ausnahmsweise auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

1.5 Festsetzungen für die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und Nr. 20 BauGB)

Das anfallende Niederschlagswasser außerhalb der Bestandsflächen ist in Zisternen und/oder Mulden oder in vergleichbaren Anlagen zurückzuhalten, zwischenspeichern und zu versickern bzw. kann als Brauchwasser genutzt werden. Zulässig ist auch eine Kombination verschiedener Anlagen.
Pro 100 qm neu versiegelter Fläche sind mindestens 5 cbm Zisternenvolumen bzw. 2,5 cbm Muldenvolumen zu schaffen. Die Überläufe der Anlagen können an die bereits vorhandene Gewässerverrohrung angeschlossen werden.

1.6 Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB)

1.6.1 Die in der Planzeichnung als private Grünfläche festgesetzte Fläche liegt in einem Landschaftsschutzgebiet, weshalb bauliche Anlagen und Flächenversiegelungen nur eingeschränkt zulässig sind.

- Fußwege, Plätze und Bewegungsflächen
- Untergeordnete bauliche Anlagen, die Gesundheitszwecken oder der Erholung dienen, mit der Einschränkung, dass diese keine Überdachungen > 20 qm haben dürfen.
- Beleuchtungsanlagen und Hinweisschilder

1.6.2 Die private Grünfläche ist landschaftsgärtnerisch oder als Waldfläche zu gestalten und dauerhaft in Stand zu halten.

1.7 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB sowie § 16 Abs. 2 BNatSchG und § 8 LNatSchG)

1.7.1 Die Verkehrsnebenflächen, z.B. Parkflächen, sowie die Stellplätze, Lagerplätze, Zufahrten und Zugänge innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen, dürfen nicht voll versiegelt werden. Sie müssen einen Mindestanteil von 20 % Grünfläche aufweisen.

1.7.2 Die Fußwege, Plätze und Bewegungsflächen innerhalb der privaten Grünflächen dürfen nicht voll versiegelt werden. Wenn Sie nicht als Wasserweg –fläche angelegt werden, sind sie nur mit versickerungsfähigem Pflaster zulässig. Als Schotter-Rasen-Fläche oder mit versickerungsfähigem Pflaster zulässig.

1.7.3 Für Pflanzungen sind überwiegend folgende, standortgemäße Pflanzen in Anlehnung an die heutige potenzielle natürliche Vegetation zu verwenden:

A.: Einzelbäume:		
– I. Ordnung		
– Stieleiche	(Quercus robur)	
– Feldulme	(Ulmus minor)	
– Spitzahorn	(Acer platanoides)	
– Winterlinde	(Betula pendula)	
– Esche	(Fraxinus excelsior)	
– Eiskastanie	(Castanea sativa)	
II. Ordnung		
– Feldahorn	(Acer campestre)	
– Holmbuche	(Carpinus betulus)	
– Birke	(Betula pendula)	
– Salweide	(Salix caprea)	
– Eberesche	(Sorbus aucuparia)	
B.: Hochstämmige Obstbäume:		
– Südkirsche	(Prunus avium)	
– Apfel	(Malus domestica)	
– Birne	(Pyrus communis)	
– Speierling	(Sorbus domestica)	
– Walnuss	(Juglans regia)	
C.: Sträucher:		
– Schlehdorn	(Prunus spinosa)	
– Weißdorn	(Crataegus monogyna)	
– Gemeiner Horttriegel	(Cornus sanguinea)	
– Hundrose	(Rosa canina)	
– Haselnuss	(Corylus avellana)	
– Schwarzer Holunder	(Sambucus nigra)	
– Liguster	(Ligustrum vulgare)	
– Wesserschneebühl	(Viburnum opulus)	
– Rote Heckenkirsche	(Lonicera xylosteum)	
– Kreuzdorn	(Rhamnus cathartica)	

1.7.4 Zur Sicherung der ökologischen und optischen Mindestwirkung muss es sich bei dem zu verwendenden Pflanzgut um mindestens 2 x verpflanztes Material handeln. Einzelbäume in Stellplatzbereichen müssen einen Stammumfang von mind. 16 cm haben, in anderen Standorten genügen 12 cm, bei Obstbaumhöchststämmen 8 cm. Heister sollten Mindesthöhen von 150 cm, Sträucher von 60 cm haben.

Gemäß § 40 Abs. 4 BNatSchG ist auf die autochthone Herkunft der Gehölze und des Saatgutes zu achten.

1.8 Flächen, die mit Geh-, Fahr- und Leistungsrechten zu belasten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Die Flächen für Wald werden mit Geh-, Fahr- und Leistungsrechten zugunsten der Pfalzwerke AG (Strahlung) sowie der Wasserversorgung Rheinhessen (Wasserleitung) belastet. Die Flächen für Geh-, Fahr- und Leistungsrechte sind von jeglicher baulichen Nutzung frei zu halten. Bei der Anpflanzung von Bäumen ist ein Mindestabstand von 3,00 m zur Leitungssache bzw. zur Fahweggrenze einzuhalten.

1.9 Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie für die Erhaltung von Vegetationsbeständen (§ 9 Abs. 1, Nr. 25 a und b BauGB)

1.9.1 Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind landschaftsgärtnerisch zu gestalten und dauerhaft in Stand zu halten.

1.9.2 Die im Plan gekennzeichneten Gehölzbestände sind zu erhalten. Die Vorschriften der DIN 18920 sind zu beachten. Abgängige Gehölze sind gleichartig zu ersetzen.

A–2 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 2 Abs. 4 BauGB, § 86 Abs. 1 und 6 LBauO)

2.1 Äußere Gestaltung baulicher Anlagen

2.1.1 Dachform und Dachneigung

Als Dachform werden für Hauptgebäude im SO 1 geneigte Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 30° festgesetzt.
Für Nebengebäude sind im SO 1 außerdem begrünte Flachdächer zulässig. Reflektierende Materialien sind als Dachdeckung/-haut unzulässig.

Dachaufbauten (Gäuben) dürfen im SO 1 nicht breiter als 1/3 der Traufhöhe sein. Die Gesamtbreite aller Dachaufbauten auf einer Dachseite darf die Hälfte der Traufhöhe nicht überschreiten. Der Abstand zwischen einzelnen Dachgäuben muss mindestens die Hälfte ihrer Breite betragen. Von den Gebäuseiten ist ein Mindestabstand von 1,50 m einzuhalten.

In SO 1, SO 2 und SO 3 ist die Errichtung aufgeständerter Fotovoltaikanlagen auf den Dachflächen zulässig. Dabei kann die festgesetzte Höhe der baulichen Anlagen um max. 1,0 m überschritten werden.

2.1.2 Fassadengestaltung

Unzulässig ist die Verwendung von blendenden Materialien. Bei einem Anstrich der Außenwände dürfen zur flächeneffizienten und überwiegenden Farbgestaltung nur gedeckte Farben verwendet werden.

2.2 Abstandsregelungen und sonstige Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB)

2.2.1 Die straßenseitigen Bereiche zwischen Grundstücks- und Baugrenze im SO 1, sofern nicht als Stellplatzfläche oder Zugang genutzt, sind einzugrünen. Die Flächen dürfen nicht als Arbeits- und Lagerflächen benutzt werden (§ 88 Abs. 1 Nr. 3 LBauO).

2.2.2 Garagen sind im SO 1 mind. 5,0 m von der Straßenbegrenzungslinie zurückgesetzt zu errichten (§ 88 Abs. 1 Nr. 3 LBauO).

A–3 Hinweise ohne Festsetzungsschrank

3.1 Auflagen der Generaldirektion Kulturelles Erbe, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Speyer:

3.1.1 Bei der Vergabe der Erdarbeiten, in erster Linie für die Erschließungsmaßnahmen hat der Bauträger/Bauherr die ausführenden Baufirmen vertraglich zu verpflichten, uns zu gegebener Zeit rechtzeitig den Beginn der Arbeiten anzuzeigen, damit wir diese, sofern notwendig, überwachen können.

3.1.2 Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die Bestimmungen des Denkmalschutz- und Pflegegesetzes vom 23.3.1978 (GVBl. 1978, Nr. 10, Seite 159 ff) hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern.

3.1.3 Die Punkte 1 und 2 entbinden Bauträger/Bauherrn jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der Direktion Landesarchäologie – Speyer.

3.1.4 Sollten wirklich archaische Objekte angetroffen werden, so ist der archaische Denkmalschutz ein angemessenes Zeiträume einzuräumen, damit diese, in Absprache mit den ausführenden Firmen, evtl. Funde bergen und eine notwendige Dokumentation der Befunde anfertigen kann. Bei Baubetrieb sollte aber hierdurch möglichst nicht unterbrochen, ggf. aber für kurze Zeit an anderer Stelle weitergeführt werden; dies würde dann im Detail mit der Bauleitung abzusprechen sein.

3.2 Der Oberboden ist zu Beginn aller Erdarbeiten entsprechend DIN 18915, Blatt 3, abzuschleichen und zu sichern. Anfallender Erdaushub, sofern abfallrechtlich unbedenklich, soll im Baugelände selbst durch Geländemodellierung verwertet werden.

3.3 Stellplätze, Lagerplätze, Zufahrten und Zugänge innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sollten zur Minderung der Eingriffe in den Boden- und Wasserhaushalt nicht voll versiegelt werden.

3.4 Nadelgehölze sollten aufgrund ihrer geringen ökologischen Wertigkeit und dem fehlenden Naturumsatz im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht angepflanzt werden.

3.5 Zum Schutz vor Vernässung ist es u. U. erforderlich, die Unterkerterung in Form von wasserdichten Wannen o. ä. auszubilden und Drainageleitungen dürfen nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden.

3.6 Bedingt durch die Topographie muss grundsätzlich damit gerechnet werden, dass es bei entsprechenden Witterungsverhältnissen zu einem Abfluss von Schmelz- und Niederschlagswasser aus den westlich an das Bebauungsplangebiet angrenzenden Hangbereichen kommt. Den örtlichen Bestand hinausgehen, Baugrundgutachten einschließlich der Prüfung der Hangstabilität erstellen zu lassen.

Die einschlägigen DIN-Normen, wie z.B. DIN 1054 und DIN 4020 und DIN EN 1997-1 und -2, sind zu beachten.

3.8 Aufgrund der Hinweise des LGB wird den Bauherren dringend empfohlen, im Vorfeld der Durchführung von Baumaßnahmen, die über den aktuellen Bestand hinausgehen, Baugrundgutachten einschließlich der Prüfung der Hangstabilität erstellen zu lassen.

Die einschlägigen DIN-Normen, wie z.B. DIN 1054 und DIN EN 1997-1 und -2, sind zu beachten.

3.9 Schutz von Ver- und Entsorgungsleitungen / Koordination von Erschließungs- und Baumaßnahmen

Stromversorgungsleitungen

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich unter- und oberirdische Stromversorgungsleitungen, die in der Planzeichnung nur teilweise ausgewiesen sind. Die tatsächliche Lage dieser Stromversorgungsleitungen ergibt sich allein aus der Örtlichkeit. Das Erfordernis von Maßnahmen zur Sicherung/ Änderung dieser Stromversorgungsleitungen im Zusammenhang mit Erschließungs- und Baumaßnahmen ist frühzeitig mit dem Leitungsbetreiber abzuklären.

Der Träger der Versorgung des Plangebiets mit elektrischer Energie ist für Planung und Bau zur Erweiterung/Anpassung des bestehenden Leitungsnetzes frühzeitig über den Beginn und Ablauf der Erschließungs- und Baumaßnahmen zu unterrichten.

Richtfunkstrecke

Über das Plangebiet verläuft eine Richtfunkstrecke der Pfalzwerke Netz AG, die in der Planzeichnung informativ nicht ausgewiesen ist. Für den ungestörten Betrieb einer Richtfunkstrecke ist es zwingend erforderlich, dass der sogenannte Fresnelzone frei von Hindernissen bleibt. Dieses wird, ohne genaue Prüfung, durch Freihaltung eines insgesamt 200 m breiten Richtfunkkorridors (100 m beidseitig der Längsachse des Richtfunktrahls senkrecht gemessen), gewährleistet. Innerhalb dieses Richtfunkkorridors sind gemäß Information der Bundesnetzagentur zu Bauplanungen bei Errichtung baulicher Anlagen unter 20 m Höhe Störungen von Richtfunkstrahlen nicht wahrscheinlich. Bei konkreten Planungen deren Bauhöhe in diesem Grenzbereich liegt, ist der Bauherr/Antragsteller dazu verpflichtet sich für eine Abklärung, ob eine Beeinträchtigung der Richtfunkstrecke entstehen kann, mit dem Betreiber der Richtfunkstrecke in Verbindung zu setzen.

3.10 Radonbelastung in der Bodenluft

Aufgrund der Hinweise des Landesamtes für Geologie und Bergbau wird den Bauherren geraten, im gesamten Gebiet bei Wohnbebauung Radonvorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Deren Art und Umfang sollte jeweils grundstücksbezogen und in Abhängigkeit von der geplanten Bauweise wie auch den konkret vorliegenden geologischen Verhältnissen festgelegt werden. In Abhängigkeit von der Bauweise wird auch für die bereits bebauten Grundstücke empfohlen, die Radonkonzentration in der bestehenden Bausubstanz durch Auslage von Kernspurdetektoren zu überprüfen.

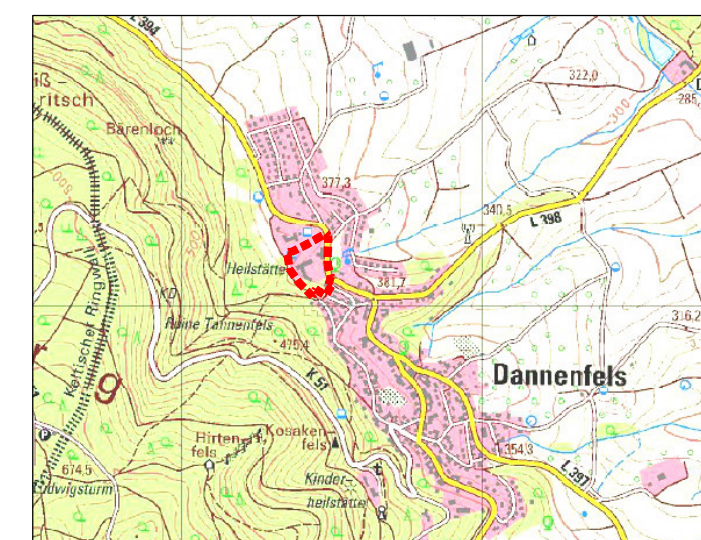
Weitere Hinweise können den vom Bundesamt für Strahlenschutz gegebenen Empfehlungen für Maßnahmen beim Bauen in Radonvorsorgegebieten entnommen werden. Genuzt werden kann auch die Radon-Informationenstelle beim Landesamt für Umwelt in Mainz.

Verfahrensverlauf

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB	27.01.2016
2. Öffentl. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Kirchheimbollen	29.01.2016
3. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB	
von: 13.11.2017	bis: 15.12.2017
4. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	
von: 13.11.2017	bis: 15.12.2017
5. Beschluss über die öffentl. Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGB	17.03.2021
6. Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Kirchheimbollen	07.05.2021
7. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentl. Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB	
von: 17.05.2021	bis: 18.06.2021
8. Öffentl. Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 Abs. 2 BauGB	
von: 17.05.2021	bis: 18.06.2021
9. Prüfung der während der öffentl. Auslegung eingegangenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB	10.11.2021
10. Beschluss über den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB und über die Gestaltungsatzung gem. § 88 LBauO	10.11.2021
11. Ausfertigung des Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 3 BauGB	
Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planurkunde vom November 2021 den textlichen Festsetzungen und der Begründung, stimmt in allen seinen Bestandteilen mit dem Willen des Ortsbürgermeisters überein. Das für den Bebauungsplan vorgeschriebene gesetzliche Verfahren wurde eingehalten.	
Der Bebauungsplan wird hiermit ausgesetzt und die Verkündung im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Kirchheimbollen angeordnet.	
12. Bekanntmachung des Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 3 BauGB	
Der Bebauungsplan ist nach § 10 BauGB am 04.03.2022 mit dem Hinweis darauf bekanntgemacht worden, wo der Bebauungsplan von jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten.	

02.03.2022
Dannenfels,
gez. Huy
Ortsbürgermeister

07.03.2022
Dannenfels,
gez. Huy
Ortsbürgermeister



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage des Landesvermessungsamtes Rheinland-Pfalz

ÜBERSICHTSLAGEPLAN M 1: 25 000

Projektnr.: 2016–24	Anlage:	Blatt:
Projektbezeichnung: ORTSGEMEINDE DANNENFELS BEBAUUNGSPLAN "KUR- UND ERHOLUNGSBEREICH-ERWEITERUNG 1"		
Darstellung: PLANFASSUNG		
Maßstab: 1:1000	Datum: 08/2021	Bearbeitet: SCHÖ
Ausgegeben: 08/2021 Gezeichnet: ZI		
I BREHM & CO. GMBH		
Ernst-Kiefer-Straße 9 67292 Kirchheimbollen Telefon: 06352/705870 Telefax: 06352/705880		
1044		